



Newsletter der Rechtsanwaltskammer München

Ausgabe Nr. 6/2007, Juni 2007

Inhaltsverzeichnis

- [Partnerschaftsabkommen München - Bordeaux](#)
 - [Austauschprogramm für Juristen im Rahmen der Städtepartnerschaft zwischen München und Cincinnati](#)
 - [Novelle des Wohnungseigentumsgesetzes tritt zum 1. Juli 2007 in Kraft](#)
 - [Neuregelung des Widerspruchsverfahrens in Bayern](#)
 - [Berichtigung der Ausfertigung der Geschäftsordnung](#)
 - [Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht](#)
 - [Verbesserter Schutz für geistiges Eigentum](#)
 - [Familiengerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls](#)
 - [Klärung der Vaterschaft](#)
 - [Düsseldorfer Tabelle](#)
 - [Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung](#)
 - [Lohnsteuerkarte 2008](#)
 - [Verfassungsbeschwerde gegen Telefonüberwachung eines Strafverteidigers erfolgreich](#)
 - [Verfassungsbeschwerde gegen akustische Wohnraumüberwachung zurückgewiesen](#)
 - [Reform des Gerichtsvollzieherwesens](#)
-

Partnerschaftsabkommen München - Bordeaux

Am 8. Juni fand die Rentrée Solennelle der Anwaltskammer Bordeaux statt. Anlässlich dieses Festaktes verlieh Herr Rechtsanwalt Christian Klima im Namen des Vorstandes den Preis der Rechtsanwaltskammer München an Frau Rechtsanwältin Christa Poulet, Gewinnerin des 1824 eingeführten Rhetorik-Wettbewerbes der Rechtsanwaltskammer Bordeaux.

Erstmalig gehörte 2006 ein Vorstandsmitglied der Rechtsanwaltskammer München zum Prüfungsausschuss dieses ehrenwürdigen Wettbewerbs für Junganwälte.

Mit der erneuten Verleihung dieser Auszeichnung werden weiterhin die guten Beziehungen, die sich im Laufe der Jahre seit Unterzeichnung des Partnerschaftsabkommens zwischen beiden Kammern kontinuierlich entwickelt haben, gestärkt.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Austauschprogramm für Juristen im Rahmen der Städtepartnerschaft zwischen München und Cincinnati

Auch dieses Jahr soll wieder ein Juristenaustausch mit Cincinnati der Partnerstadt von München in den USA, stattfinden.

Es handelt sich hierbei um eine sehr interessante Möglichkeit, das amerikanische Rechtssystem sowie Land und Leute persönlich kennen zu lernen. Auf diese Weise sind in den letzten Jahren nicht nur beruflich, sondern auch privat sehr freundschaftliche und langjährige Kontakte in die USA aufgebaut worden.

Die Programme der letzten Jahre können aus der Homepage <http://www.muenchen-cincinnati.de/> ersehen werden.

Ein Vorteil dieses Austausches ist, dass er auf Home-Stay-Basis beruht. Das heißt, dass die Teilnehmer bei Kollegen oder Kolleginnen untergebracht werden und neben den Flugkosten und eventuellen Gastgeschenken in der Regel keine weiteren Kosten entstehen.

Der Besuch der deutschen Kolleginnen und Kollegen in Cincinnati erfolgt in der ersten Septemberwoche. Weitere Interessenten melden sich bitte baldmöglichst bei der Rechtsanwaltskammer München, Frau Michaela Schindele Telefon: 089/53 29 44-50 (E-Mail: Michaela.Schindele@rak-muenchen.de)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Novelle des Wohnungseigentumsgesetzes tritt zum 1. Juli 2007 in Kraft

Die Novelle des Wohnungseigentumsgesetzes tritt zum 1. Juli 2007 in Kraft. Das Gesetz vereinfacht die Verwaltung von Eigentumswohnungen und verweist das Gerichtsverfahren in Wohnungseigentumssachen an die Zivilgerichte. Eine kurze Zusammenfassung der Gesetzesänderungen finden Sie [hier](#).

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Neuregelung des Widerspruchsverfahrens in Bayern

Der Bayerische Landtag hat am 21. Juni 2007 das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung beschlossen (Drs. 15/8406). Danach wird das Widerspruchsverfahren in Bayern auf der Grundlage der Erfahrungen aus dem Pilotprojekt in Mittelfranken neu geregelt. Mit Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Juli 2007 können in weiterem Umfang als bisher beim Verwaltungsgericht Klagen ohne vorherige Durchführung eines

Widerspruchsverfahrens erhoben werden.

Die Pressemitteilung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes finden Sie [hier](#).

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Berichtigung der Ausfertigung der Geschäftsordnung

Die Berichtigung der Ausfertigung der auf der Kammerversammlung vom 27.04.2007 beschlossenen Änderung der Beitragsordnung, der Gebührenordnung, der Sterbegeldordnung und der Entschädigungsordnung der Rechtsanwaltskammer für den Oberlandesgerichtsbezirk München finden Sie [hier](#).

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht

Die [3. Satzungsversammlung](#) hat in ihrer 7. Sitzung am 11.06.2007 die Fachanwaltschaft für Bank- und Kapitalmarktrecht beschlossen. Die Beschlüsse der Satzungsversammlung finden Sie [hier](#). Diese Neuregelung der Fachanwaltsordnung ([FAO](#)) kann voraussichtlich Ende des Jahres in Kraft treten.



[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Verbesserter Schutz für geistiges Eigentum

Am 20.06.2007 fand eine öffentliche Anhörung des Rechtsausschusses zum Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums ([BT-Drs. 16/5048](#)) statt. Die Stellungnahmen der [Sachverständigen](#) finden Sie [hier](#). Durch den Gesetzentwurf, der die [Richtlinie 2004/48/EG](#) umsetzt, sollen die Gesetze zum Schutz des geistigen Eigentums novelliert werden. Unter anderem sollen der Kampf gegen Produktpiraterie erleichtert und das geistige Eigentum gestärkt werden. Die BRAK wandte sich mit der [BRAK-Stellungnahme-Nr. 26/2007](#) und mit der [BRAK-Pressemitteilung-Nr. 21 v. 20.06.2007](#) gegen die vorgesehen Deckelung der ersatzfähigen Rechtsanwaltsvergütung auf 50 Euro bei erstmaligen Abmahnungen in „einfach gelagerten Fällen mit einer nur unerheblichen Rechtsverletzung“.

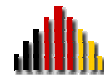


[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Familiengerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls

Mit der [BRAK-Stellungnahme-Nr. 24/2007](#) hat die BRAK zum [Referentenentwurf für ein Gesetz zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls](#) Änderungsvorschläge unterbreitet. Durch den Entwurf sollen Vorschriften des BGB und des FGG geändert werden, um eine frühzeitigere Anrufung des Familiengerichts und ein frühes und ggf. niederschwelliges Eingreifen durch das Familiengericht in Fällen von Gefährdungen des Kindeswohls zu ermöglichen.

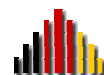


[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Klärung der Vaterschaft

Die BRAK hat mit [BRAK-Stellungnahme-Nr. 25/2007](#) zum [Referentenentwurf eines Gesetzes zur Klärung der Vaterschaft unabhängig von Anfechtungsverfahren](#) Stellung genommen. Der Entwurf dient der Umsetzung der Vorgaben des BVerfG im Urteil v. 13.02.2007 ([1 BvR 421/05](#); vgl. [BVerfG- Pressemitteilung v. 13.02.2007](#)), das entschieden hatte, dass heimliche Vaterschaftstest in gerichtlichen Verfahren nicht verwertet werden dürfen. Ergänzend zu dem Entwurf schlägt die BRAK vor, dass dem Familiengericht auf Antrag eines anfechtungsberechtigten Elternteils die Möglichkeit gegeben wird, im Einzelfall zur Vermeidung der Schädigung des Kindeswohls bei Abwägung der in der Stellungnahme aufgeführten Interessen einen heimlichen Vaterschaftstest ohne Wissen des Kindes und ohne Wissen des anderen Elternteils zu ermöglichen (§1598a Abs. 4 BGB-E).

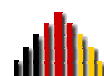


[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Düsseldorfer Tabelle

Die Fünfte Verordnung zur Änderung der Regelbetrag-Verordnung wurde im [BGBl. I 2007, 1044 v. 14.06.2007](#) verkündet. Sie tritt am 01.07.2007 in Kraft. Weitere Informationen zu Unterhaltsleitlinien finden Sie [hier](#).

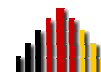


[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung

Der Bundesrat hat am 08.06.2007 – aufgrund der Empfehlungen der Ausschüsse ([BR-Drs. 275/1/07](#); zu [BR-Drs. 275/07](#)) – zum Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG ([BR-Drs. 275/07](#)) eine Stellungnahme beschlossen ([BR-Drs. 275/07 \(Beschluss\)](#)).

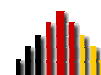


[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Lohnsteuerkarte 2008

Das Bundesfinanzministerium (BMF) hat mit [Erlass v. 11.06.2007 \(IV C 5 -S 2363/07/0001\)](#) das [Muster der Lohnsteuerkarte 2008](#) bekannt gegeben und das Ausstellungsverfahren geregelt.

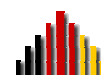


[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Verfassungsbeschwerde gegen Telefonüberwachung eines Strafverteidigers erfolgreich

Mit Beschluss v. 18.04.2007 - [2 BvR 2094/05](#) – hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) der Verfassungsbeschwerde eines Strafverteidigers gegen die Anordnung der Telefonüberwachung stattgegeben. In seiner Entscheidung führt das BVerfG aus, dass eine Abhörmaßnahme, die auf die Überwachung der Kommunikation zwischen Strafverteidiger und seinem beschuldigten Mandanten abzielt, in unlösbarem Widerspruch zur Rechtsgarantie des unüberwachten mündlichen Verkehrs zwischen Strafverteidiger und Beschuldigtem steht. Diese Rechtsgarantie dient der Gewährleistung einer wirksamen Strafverteidigung, indem sie die Vertrauensbeziehung zwischen dem Verteidiger und dem Beschuldigten nach außen abschirmt und gegen Eingriffe schützt. Lesen Sie auch die [BVerfG-Pressemitteilung 58/2007 v. 30.05.2007](#).



[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Verfassungsbeschwerde gegen akustische Wohnraumüberwachung zurückgewiesen

Mit Beschluss v. 11.05.2007 - [2 BvR 543/06](#) – hat das BVerfG eine Verfassungsbeschwerde gegen § 100c StPO i.d.F. des Gesetzes zur Umsetzung des Urteils des BVerfG v. 03.03.2004 (akustische Wohnraumüberwachung) v. 24.06.2005 - [BGBl I S. 1841 ff.](#) - zurückgewiesen. Lesen Sie hierzu auch die [BVerfG-Pressemitteilung-Nr. 57/2007 v. 25.05.2007](#).



[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Reform des Gerichtsvollzieherwesens

Am 11.05.2007 hat der Bundesrat den Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Gerichtsvollzieherwesens ([BR-Drs. 150/07 \(Beschluss\)](#)) sowie den damit zusammenhängenden Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes ([BR-Drs. 149/07 \(Beschluss\) \(neu\)](#)) verabschiedet. Der Gesetzentwurf zur Reform des Gerichtsvollzieherwesens ([BR-Drs. 150/07](#)) hatte durch die Empfehlungen der Ausschüsse ([BR-Drs. 150/1/07](#)) noch kleinere Änderungen erfahren.



[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

| | |
|--|---|
| Impressum | Sollten Sie den Newsletter abbestellen wollen, klicken Sie bitte hier und senden Sie uns eine kurze E-Mail mit dem Betreff: "Abbestellung". |
| Rechtsanwaltskammer München , Tal 33, 80331 München, Tel: 089/53 29 44-0, Fax: 089/53 29 44-28, E-Mail: newsletter@rak-muenchen.de | |
| Redaktion und Bearbeitung: RAin Brigitte Doppler, RA Alexander Siegmund | |